

deutschen Bauern erkennen, daß die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa die Hauptaufgabe ist, die gegenwärtig vor dem deutschen Volke steht.

Inzwischen hat Adenauer in seinem Brief an Bulganin die Vorschläge abgelehnt. Damit setzt er sich erneut in Widerspruch zur Hauptmasse des deutschen Volkes. Er entlarvt sich mit seinem Schreiben selbst als der kälteste der kalten Krieger. Den Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa tut Adenauer mit der lakonischen Bemerkung ab, man solle sich nicht mit der Teilfrage, wo heute oder morgen Atomwaffen gelagert werden, beschäftigen. Das ist aber keine untergeordnete Frage. Es geht um die Raketenbasen. Es geht dabei darum — wie Bulganin offen in seinem Schreiben darlegt — daß all die Länder, in denen Raketenbasen errichtet werden, einer tödlichen Gefahr ausgesetzt sind. Die Verwirklichung des von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterbreiteten Vorschlages, einen Volksentscheid in beiden deutschen Staaten über die Frage durchzuführen, ob die DDR und die Bundesrepublik einer atomwaffenfreien Zone angehören sollen oder nicht, würde entschieden dazu beitragen, diese Gefahr von Westdeutschland abzuwenden. Dieser Vorschlag beweist erneut, daß sich die Regierung der DDR zum Sprecher der nationalen Interessen der Bevölkerung Deutschlands macht.

Indem die Bauernschaft Westdeutschlands aktiv für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa kämpft, kämpft sie auch gleichzeitig für ihr Leben, für die Sicherung des Friedens und gegen ihre Vertreibung von Grund und Boden. Die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone würde auch mit dazu führen, die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Vorschläge des 30. Plenums des ZK der SED zu erleichtern. Es ist die Aufgabe auch der westdeutschen Bevölkerung, aktiv mit beizutragen zur Lösung der Deutschlandfrage, für die friedliche Annäherung der beiden deutschen Staaten und der Schaffung eines Staatenbundes. Das Haupthindernis auf diesem Weg ist die Bindung Westdeutschlands an die NATO.

Wovon gehen wir aus und was ist unser Ziel? Ganz Deutschland muß eine Kraft des Friedens werden. Damit wäre auch der Weg des Friedens für Europa gesichert. Wir haben dabei die Pflicht, die Klein- und Mittelbauern Westdeutschlands aktiv in ihrem Kampf gegen die Fortführung der Politik des kalten Krieges, gegen die NATO-Politik und um die Erhaltung des Friedens und der Erhaltung ihrer bäuerlichen Existenz zu unterstützen.

*

Das Gesetz zum zweiten Fünfjahrplan hat die Perspektive des sozialistischen Aufbaues zum Inhalt und legt dar, wie es in der Landwirtschaft der DDR weiter vorangehen soll. Alle in der Landwirtschaft Beschäftigten haben somit ein klares Ziel vor Augen. Sie wissen, wie es weitergehen soll. Klar Umrissen sind die Produktionsaufgaben bis einschließlich 1960. In diesem Zeitabschnitt soll die landwirtschaftliche Marktproduktion, umgerechnet auf Getreideeinheiten, auf 119,5 Prozent gegenüber 1955 anwachsen. Die Marktproduktion soll bei Schlachtvieh auf 118 Prozent, bei Milch auf 123 Prozent, bei Eiern auf 157 Prozent und bei Zuckerrüben auf 148,5 Prozent erhöht werden.

Bereits für 1958 stellen wir uns das Ziel, mindestens 6,5 Mill. Tonnen Zuckerrüben zu erzeugen. Bis 1960 soll das Aufkommen auf rund 7,4 Mill.